

Kinder identifizieren Mann: Er onanierte vor Schulhaus

Exhibitionist Zürcher Ermittler machten Aargauer Kollegen auf ungelöste Fälle aufmerksam

VON MARIO FUCHS

Der Mann, etwa 50-jährig, sieht aus wie ein sportlicher Velofahrer. Doch statt vorbeizudüsen, hält er an: bei Schulanlagen, an Schulwegen, neben Fussballplätzen. Er wartet, bis Kinder herauskommen, vor ihm ausgelassen spielen. Dann passiert es: Er greift sich in die Hose, zeigt seine Geschlechtsteile, beginnt, sich vor den Kindern selbst zu befriedigen.

Die Staatsanwaltschaft Brugg-Zurzach teilte gestern mit: Gegen einen 50-jährigen Schweizer habe man «wegen mehrfachen sexuellen Handlungen mit einem Kind, mehrfachem Exhibitionismus und mehrfacher sexueller Belästigung» ein Strafverfahren eröffnet. Der Beschuldigte sei in Untersuchungshaft. Der Mann wird verdächtigt, sich von 2013 bis 2015 in den Kantonen Aargau und Zürich «wiederholt in Anwesenheit oder in Sichtweite von Kindern und Erwachsenen entkleidet und diesen nachfolgend seine Genitalien gezeigt zu haben». Dabei soll er jeweils «Kleider speziell zum Velofahren» getragen haben.

Erste Belästigung im Aargau

Die Taten wurden auf Schularealen, bei Turnhallen sowie entlang von Schulwegen begangen. Welche und wie viele verschiedene Schulen betroffen sind, ist noch unklar. «Das ist Gegenstand der laufenden Ermittlungen», sagt Sandra Zuber, Sprecherin der Aargauer Oberstaatsanwaltschaft. «Uns liegen mehrere gleich gelagerte Fälle vor, bei welchen der Beschuldigte als dringend tatverdächtig gilt. Da sich die Anzahl im Laufe der Ermittlungen ändern



«Es gingen Anzeigen sowohl von Eltern als auch von Lehrpersonen ein.»
Sandra Zuber Sprecherin der Staatsanwaltschaft Aargau

kann, machen wir zum jetzigen Zeitpunkt keine Angaben zur Anzahl der Verdachtsfälle», sagt Zuber. Klar ist aber: Die erste Belästigung im Jahr 2013 muss sich im Aargau abgespielt haben. Denn: Die sogenannten Gerichtsstandsbestimmungen schreiben vor, dass jene Behörden zuständig sind, die als erste «Verfolgungshandlungen vorgenommen» haben. Aufmerksam gemacht wurden die Aargauer Ermittler jetzt aber von ihren Zürcher Kollegen. Sie hatten eine Erkenntnisfrage aus Zürich erhalten, nachdem sich dort ein Mann vor Fussball spielenden Kindern gezeigt, bis zum Samenerguss onaniert und dabei dauernd in Richtung der Kinder geschaut hatte. Dadurch ergab sich der Hinweis auf die gleich gelagerten, offenen Fälle im Kanton Aargau.

Anzeigen von Eltern und Lehrern

Identifiziert wurde der Übeltäter von den Kindern selbst: Die Polizei führte mit ihnen eine Fotowahlkonfrontation durch. Dabei sahen sie sich Bilder von verschiedenen Männern an und tippten auf die Person, die sie wiedererkannten. Gemeldet wurden die Taten des Exhibitionisten von verschiedenen Seiten. «Es gingen Anzeigen sowohl von Eltern der belästigten Kinder als auch von deren Lehrpersonen ein», sagt Sandra Zuber. Manfred Dubach, Geschäftsführer des Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands, sind die Meldungen nicht bekannt. «Bei uns waren solche Belästigung

en vor Jahren einmal ein Thema, als sich eine Lehrperson erkundigte, wie sie in einem Ernstfall vorzugehen hätte», erklärt Dubach. Seither habe er von keinem konkreten Fall gehört. Er gehe davon aus, dass die Aargauer Lehrer wüssten, wie sie zu handeln hätten: Komme es zu einem Vorfall, sei der direkte Gang zur Polizei das einzig Richtige.

Dass sexuelle Belästigung auf dem Schulweg Realität ist, zeigt auch ein Vorfall, der sich vor den Sommerferien in Aarau ereignete. So berichtet Jonathan Müller, Schulleiter des Aarau Gönhard-Schulhauses: «Eine Schülerin erzählte, ihr sei auf dem Schulweg ans Gesäss gefasst worden.» Die Eltern erstatterten Anzeige bei der Polizei, die Schulleitung informierte in einem Elternbrief. «Wir machen die Kinder und ihre Eltern auf solche Gefahren aufmerksam», sagt Müller. Einerseits dürfe man keine zu grossen Ängste schüren. Andererseits könne Angst auch dafür sorgen, «dass unsere Schülerinnen und Schüler aufmerksamer sind».

Im Fall des 50-jährigen Exhibitionisten wurde eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Dabei wurden elektronische Datenträger sichergestellt, die jetzt untersucht werden.

«Wir machen Kinder und Eltern auf solche Gefahren aufmerksam.»

Manfred Dubach Aargauischer Lehrerverband

Zudem werden der Beschuldigte und mehrere Zeugen befragt. Die Staatsanwaltschaft lässt den Mann psychiatrisch begutachten. Mit Ausnahme der Tat in Zürich bestreitet er die ihm zur Last gelegten Sachverhalte.

Asylwesen

Aargauer CVP für harte Linie

Mit neuen Forderungen zur Asylpolitik stiess eine Gruppe um den Zuger Nationalrat Gerhard Pfister und den Freiberger Ständerat Urs Schwaller CVP-intern am Wochenende auf mässige Begeisterung (Z/1N von gestern). So wurde etwa bezweifelt, ob es überhaupt genug Einsatzgebiete für die geforderte Zwangsbeschäftigung gibt und ob man sich damit nicht dem Vorwurf aussetze, Asylbewerber als billige Arbeitskräfte missbrauchen zu wollen.

Bei Markus Zemp, Präsident der Aargauer CVP, stossen die Forderungen auf offene Ohren. Hart, aber fair, das sei immer die Maxime der Aargauer CVP in der Asylpolitik gewesen, so Zemp. Daher stehe er zu den neusten Forderungen der CVP Schweiz. Die Gruppe um Pfister und Schwaller schlägt vor, Asylbewerber kein Bargeld mehr zukommen zu lassen, sondern nur noch Gutscheine oder Sachleistungen. Damit soll verhindert werden, dass Asylbewerber mit Geld aus dem Schweizer Sozialsystem Angehörige in der Heimat unterstützen. Weiter wird eine Reisepflicht für Asylbewerber und vorläufig Aufgenommene verlangt, und Asylbewerber sollen zu nicht entlohnter Arbeit aufgeboten werden.

Die Massnahmen sollen laut Zemp dazu dienen, die Schweiz für Wirtschaftsflichtlinge weniger attraktiv zu machen. Unterstützung nach dem Asylrecht solle nur erhalten, wer in seinem Heimatland bedroht ist. Wenn jemand in der Schweiz vorläufig aufgenommen wird und dann in sein Heimatland zurückkehren, könne davon kaum die Rede sein. Als weitere Massnahme verlange die CVP Aargau auch weiterhin, dass hier straffällig gewordene Asylsuchende in geschlossenen Einrichtungen untergebracht werden. (MOU)

«Stundenpläne sind gnadenlos»

Vorstoss Die CVP will Schulen bei der familienergänzenden Kinderbetreuung in die Pflicht nehmen.

VON HANS FAHRLÄNDER

Das Thema «familienergänzende Kinderbetreuung» beziehungsweise «Verknüpfung von Familie und Erwerbsleben» wird das Parlament und das Stimmvolk erneut beschäftigen. Nach bisher zweifacher Pleite in den Jahren 2009 (Bildungskleeblatt) und 2012 (unheilige Allianz im Grossen Rat) hat der Aargauische Lehrerinnen- und Lehrerverband (alv) nun eine Volksinitiative mit dem Titel «Kinder und Eltern» lanciert. Sie ist gültig zustande gekommen und wird in der zweiten Jahreshälfte vom Grossen Rat beraten.

Die Regierung stellt der Initiative als Gegenvorschlag ein revidiertes «Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung» gegenüber. Die vorbereitende Kommission hat kurz vor den Sommer-

«Das Management der familienergänzenden Betreuung muss dringend von der Schule mitgestaltet werden.»

Marianne Binder Grossrätin CVP, Baden

ferien die Initiative zur Ablehnung und den Gegenvorschlag zur Annahme empfehlen. Um Druck zu machen, sammelt die CVP momentan Unterschriften für eine eigene Initiative, die dem Gegenvorschlag entspricht.

Nun wird das Thema «Familie und Erwerbsleben» noch um einen Aspekt ergänzt: CVP-Grossrätin Marianne Binder aus Baden reicht nach den Sommerferien einen Fraktionsvorstoss ein. Darin geht es um den Beitrag, welchen die Schulen an die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit der Eltern



Kinderbetreuung ist für Eltern oft eine organisatorische Zumutung.

KEYSTONE

leisten sollten - konkreter: um die Gestaltung der Stundenpläne. «Stundenpläne sind gnadenlos für Eltern, im Aargau besonders», sagt Binder, «wir haben nicht einmal flächendeckend Blockzeiten. Dabei spielen die Stundenpläne beziehungsweise die Öffnungszeiten der Schulhäuser die Schlüsselrolle, wenn es darum geht, Erwerbsleben und Familie unter einen Hut zu bringen.»

In vielen - nicht in allen - Schulen und Gemeinden könne es nach wie vor passieren, so Binder, dass das erste Kind um 8 Uhr, das zweite um 9 Uhr und das dritte um 10 Uhr zur Schule müsse, zu einem Zeitpunkt also, da das

erste schon wieder nach Hause komme. «Das Management der familienergänzenden Betreuung muss dringend von der Schule mitgestaltet werden - darin steht in der Initiative des Lehrerverbandes kein Wort», sagt die Interpellantin. «Die Lehrpersonen müssten nicht alle zum Kindermädchen werden, auch Privatpersonen könnten innerhalb der Schulen durchaus Betreuungsaufgaben übernehmen. Aber die Schulleitungen sollten die Vereinbarkeit von Schule und Familie aktiver mitgestalten. Sie könnten in dieser Sache sogar den organisatorischen Lead übernehmen.» Viele Lehrer hätten Mühe mit

den Privatschulen - dabei deckten diese genau jene Betreuungslücken ab, welche die Staatsschule offenlässt.

Es lohnt sich für den Staat

Die Harmonisierung der Schulzeiten sei keine Bundes-, sondern eine Kantonsaufgabe, betont Binder. Sie will deshalb vom Regierungsrat wissen:

- ob er bereit sei, den Schulen eine aktivere Rolle im Betreuungsmanagement zukommen zu lassen, etwa durch Berücksichtigung des Themas in der Stundenplangestaltung;
- ob er bereit sei, im Aargau flächendeckend Blockzeiten einzurichten;

- ob er bereit sei, analog etwa zur Stadt Zürich Schulversuche zu starten, um die Problemlösung auszuloten;
- ob er Möglichkeiten sehe, in Public-Private-Partnerschaft (PPP) Vereinbarungen zu schliessen mit Privatschulen, welche die Tagesbetreuung anbieten.

Die Interpellantin betont, die Mehrkosten für die öffentliche Hand, die aus dem zusätzlichen Betreuungsangebot resultierten, liessen sich mehrfach wieder einspielen, das zeige die Erfahrung - etwa durch Vermeidung von Sozialkosten oder durch steuerliche Mehreinnahmen bei Berufstätigkeit beider Eltern.